

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/93

Hannover, 14. November 1947

Die deutsche Einheit - und die Londoner Konferenz

von Dr. Kurt Schumacher

)) ((Aus dem Chaos, das von den Nazis hinterlassen worden ist, bilden sich allmählich die politischen Kräfte in Deutschland heraus. Nicht alle Parteien haben ihr endgültiges Gesicht und ihren endgültigen Standort bereits gefunden. Das deutsche Parteienwesen ist noch in Fluss.

Der Kampf der sozialen Kräfte wird Grösse, Profil und Konturen der politischen Parteien bestimmen. Das politische Bewusstsein hat sich noch nicht aus einem neuen veränderten gesellschaftlichen Sein entwickelt. Die geistige und moralische Verwilderung als Erbe des Dritten Reiches erzeugt einen Nihilismus, der durch Hunger und Demontage nicht überwunden werden kann.

)) ((Eins aber ist als elementare Kraft unseres Volkes geblieben: der Einheitswille der Deutschen. Mag dieser Wille auch parteimässig verschiedene Nuancierungen haben, er ist heute der stärkste Faktor in der deutschen Politik. Das weiss man in der Welt auch ohne theatralische und unlegitimierte Kundgebungen.

Die Schaffung der deutschen Einheit aber liegt heute ausserhalb der Möglichkeiten deutscher Kräfte. Das Fehlen der deutschen Einheit ist das Ergebnis der Siegerpolitik auf deutschem Boden, die keine gemeinsame Formel gefunden hat. Man kann diese verhängnisvolle Uneinigkeit der Alliierten nicht mit deutschen Resolutionen aus der Welt deklarieren.

Es liegt nicht an den Deutschen, sondern an den Besatzungsmächten, dass es keine gemeinsame politische Sprache der Deutschen gibt. Aus jeder Zone wird mit anderen Worten gesprochen, und findet man gemeinsame Worte, dann leiden sie an einer verschiedenen Sinnggebung.

Die Kommunisten reden in der Ostzone von der Deutschen Repräsentation als von dem Mittel "gegen den amerikanischen Imperialismus". Man denkt hier gar nicht daran, sich einem übergeordneten Gemeinsamen zu fügen. Man will für den eigenen antidemokratischen, antideutschen und prorussischen Zweck den Willen des ganzen deutschen Volkes mobilisieren. Die Illusion, dass eine Diktatur durch die andere abgelöst werden könne, ist in den Massen vorüber. Die neue Form der Diktatur hat nur neue Träger der Korruption und der Gewalttätigkeit gebracht. Aber die SED schwärmt davon, dass "mit den alten Formen der Demokratie Schluss gemacht" werden müsse.

Die Bindung der bürgerlichen Parteien an die Zonen ist so stark, dass die Liberal-Demokraten des Ostens sich mit Elan gegen den Marshall-Plan aussprechen, die Freien Demokraten der Westzonen aber mit dem gleichen Schwung für den Marshall-Plan eintreten.

In der sowjetischen Besatzungszone ist auch die Christlich-Demokratische Union durch die Blockpolitik an die kommunistische SED und die Besatzungsmacht gefesselt. In Dresden und in Halle, in Schwerin und in Weimar, ist man gegen den Marshall-Plan und im Westen ist man mit Begeisterung dafür. Die Christlich-Demokratische Union der Ostzone ist für die "Nationale Repräsentation" in irgendeiner Form. Die CDU der britischen Besatzungszone ist gegen dieselbe "Nationale Repräsentation". In anderen Zonen orakeln einzelne Leute teils dafür, teils dagegen. Manch Lauter ist inzwischen ruhiger geworden oder verstummt. Die zonale Aufspaltung der bürgerlichen Parteien ist sichtbar und zeigt die durch die Verhältnisse erzwungene Uneinigkeit.

Die Sozialdemokratie, deren Politik in allen Zonen die gleiche ist, ist die erste Partei gewesen, die die nationale Einheit gefordert hat und auch heute fordert. Aber eine provisorische, zwangsläufig unfundierte Vertretung, die nach Wunsch und Willen einer Siegermacht errichtet würde, müsste Deutschland immer nur in Gegensatz zu den anderen Siegermächten bringen. Diese vorläufigen Zweckinstitutionen, gleichviel aus welchen Motiven die einzelnen Leute sich um sie bemühen, sind gefährlich. Sie bringen keinen neuen Gedanken und keine neue Methode. Sie erzeugen vielmehr die falsche Meinung, als ob es an dem guten oder bösen Willen deutscher Parteien und Persönlichkeiten liege, die deutsche Einheit zu schaffen oder sie zu verhindern. Sie reden pompös von deutscher Einheit und offenbaren dabei unter Verschlebung der historischen Kausalkette die Uneinheitlichkeit.

Die Deutschen brauchen jetzt kein Podium für Deklamationen, deren Form und Inhalt ihnen durch die Kundgebungen der politischen Parteien bereits bekannt sind. Die Deutschen brauchen die Realität einer Einigung der Sieger. Dann erst ist der Weg für ein deutsches Parlament frei, das auf der Grundlage der gleichen Demokratie in allen Zonen gewählt ist. Nur aus diesem Parlament heraus kann eine Regierung der Deutschen Republik entstehen, die die Legitimation hat, für Deutschland zu sprechen und zu handeln.

Eine in Rundfunkfragen sachkundige Stelle der SED
äussert sich im Folgenden zur Frage der Neuordnung
des Nordwestdeutschen Rundfunks.

Das Schicksal des NWDR

Dr. G. P. - Die englische Militärregierung hat im Zonenbeirat den Entwurf zu einer Verordnung über die künftige Rechtsform des Nordwestdeutschen Rundfunks vorgelegt. Danach wird der NWDR eine Anstalt öffentlichen Rechtes, die alle sendetechnischen, bisher der Reichspost gehörenden Anlagen übernehmen wird. Ein Hauptausschuss wählt einen aus sieben Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat, von denen jährlich eines ausgewechselt wird. Der Verwaltungsrat ernennt seinerseits den Generaldirektor.

Die Verordnung sieht jedoch vor, dass für die Dauer der Besatzungszeit die Militärregierung den Verwaltungsrat sowie den Generaldirektor bestimmt, dass sie jedoch von diesem Recht auch Abstand nehmen kann. Damit wäre der Hauptausschuss, in dem übrigens auch die Parteien auf jeden Fall vertreten sein müssten, vorläufig ausgeschaltet und es würde, falls die Militärregierung von ihrer Kann-Klausel Gebrauch machen würde, mindestens sieben Jahre - entsprechend dem oben erwähnten Wahlturnus - dauern, bis der Verwaltungsrat das Gesicht hätte, das ihm der Hauptausschuss zu geben wünscht. Früher wäre auch nicht ein Generaldirektor deutscher Wahl zu erwarten.

Die Übergabe des NWDR in deutsche Hände ist damit vorläufig eine Fiktion, der Rundfunk praktisch ein Organ der Besatzungsmacht. In dieser Zeit wird sich unser Schicksal entscheiden. Niemand aber weiss im Grunde besser, was den Deutschen fehlt und zu sagen ist, als Menschen aus unserer Mitte. Wir können uns nicht in unserer politischen und wirtschaftlichen Krankheit und in unserem Willen zur Genesung nur nach Rezepten richten, die in einem mit bewundernswertor Stetigkeit gewachsenen politisch konsolidierten Lande wie England erprobt sind.

Es befremdet daher, dass dieser Plan, von der Militärregierung allein, ohne uns zu Räte zu ziehen, ausgearbeitet worden ist. Mr. Green, der massgebende englische Kontrolloffizier beim NWDR, hat zwar verraten, dass die Militärregierung z. B. bei der Absicht, Sendeanlagen der Post in die Hände des NWDR zu überführen, vom ehemaligen Staatssekretär Dr. Bredow beraten worden sei. Wenn Herr Bredow herangezogen werden kann, warum dann nicht die zuständige Stelle, nämlich die Postdirektion oder der Wirtschaftsrat, oder der Zonenbeirat? Es wäre manches Missverständnis, mancher Umweg vermieden worden, wenn die Militärregierung den Plan von vorn herein mit den Repräsentanten der Öffentlichkeit besprochen hätte. Sie zieht es aber vor, vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Überleitung der Sendeanlagen aus den Händen der Reichspost in die des NWDR ist als Befehl von General Robertson bereits unterzeichnet worden. Wenn es unsere Aufgabe ist, Befehle zu empfangen, wozu sitzen wir dann im Zonenbeirat? Diese Methode unserer demokratischen Lehrer ist alles andere als überzeugend.

Es gibt noch manche Stellen in der Verordnung, mit denen wir uns nicht einverstanden erklären können, so die Finanzgebarung und -überwachung, die Befugnisse des Generaldirektors, sowie die Abänderungsmöglichkeiten

der Satzungen selbst. Im wesentlichen haben wir jedoch zu erinnern, dass wir es für unzweckmässig und ungesund halten, wenn der NWDR einen Staat im Staate bildet, der, was sehr wahrscheinlich der Fall sein wird, einen anderen Geist atmet als den unserigen. Er ginge dann an den Menschen vorbei, er beunruhigte sie, doch, was wir erhoffen, die Genesung, die uns nützt, würde nicht erreicht. (ths/271c/1/hs)

Wahlrechtsdebatte auch in Österreich

Nur 23% für das Listen-Verhältnismahlrecht

Kr. Das "Österreichische Forschungsinstitut für Wirtschaft und Politik" hat im Rahmen seiner üblichen Rundfragen die österreichische Bevölkerung über ihre Einstellung zum Wahlrecht befragt. Die entscheidende Frage lautete dahingehend, ob der Befragte mit dem bisherigen Listenwahlrecht einverstanden sei, wonach er mehr die ihm sympathische Partei als bestimmte Persönlichkeiten derselben wähle. Es wurde auch danach gefragt, ob der Wähler stattdessen den einen oder anderen von der Partei vorgeschlagenen Kandidaten ausstreichen oder etwa von der letzten an die erste Stelle setzen wolle.

Nur 23% der Befragten haben sich für das geltende Listenwahlrecht ausgesprochen, dagegen 69,7% für ein Personenwahlrecht mit der Möglichkeit, die Wählerlisten korrigieren oder noch weitgehender beeinflussen zu können; 7,3% nahmen keine Stellung zu dem Wahlrechtsproblem.

Erwähnenswert ist ferner, dass sich unter den Befürwortern des bisherigen Listenwahlrechts beruflich am meisten Bauern und Arbeiter befanden (27,1% Bauern und 32,5% Arbeiter). Die Rundfrage unterschied auch nach der Parteieinstellung. Danach wollen von den sozialdemokratischen Wählern 37,5%, von den kommunistischen 35,6% am Listenwahlrecht festhalten, von der Christlichen Volkspartei nur 23,3%.

Die Diskussion um die Wahlrechtsreform in Österreich geht allerdings weniger um das Thema "Verhältnis- oder Mehrheitswahl", als um die nicht ganz gleichbedeutende Frage "Personen- oder Listenwahlrecht". Man denkt in Österreich weniger daran, Einmann-Wahlkreise zu schaffen, in denen von den Parteikandidaten jeweils nur der mit der höchsten Stimmenzahl gewählt ist; man trachtet vielmehr nach einem Ausweg, im Rahmen des Verhältnismahlrechtes den Wählern einen grösseren Einfluss auf die Auswahl der Kandidaten innerhalb der Parteilisten zu ermöglichen. (B/1111/B46/1/hs)

Fairness

Der englische Schatzkanzler Hugh Dalton ist zurückgetreten; der Vorgang ist aufschlussreich. Dalton hatte einem ihm seit langem bekannten Journalisten wichtige Daten aus seiner Budget-Rede mitgeteilt, der sie veröffentlichte, unmittelbar bevor die Rede gehalten wurde. Dalton entschuldigte sich vor dem Unterhaus wegen seines faux pas, da er versehentlich den Journalisten nicht ausdrücklich auf die Vertraulichkeit seiner Mitteilung hingewiesen hätte. Der Führer der Opposition, Churchill, gab gleichfalls seinem Bedauern Ausdruck, ohne jede polemische Spitze gegen Dalton. Trotzdem reichte Dalton wegen seines Verstosses gegen die parlamentarischen Gepflogenheiten seinen Rücktritt ein und Attlee nahm das Gesuch an. - Das scheint uns ein Musterbeispiel an parlamentarischer Korrektheit zu sein. Ob der Sache gedient ist, wenn aus so wichtigem Anlass ein so erfahrener Mann wie Dalton gehen muss, ist eine andere Frage. Seinen Posten wird jetzt der Wirtschaftsminister Sir Stafford Cripps mitgerwalten.

"Mein Kampf" - anders gesehen

Dr. W. - "Sollten sich diejenigen, die dazu berufen sind, die erforderlichen Übergangsmassnahmen zu ergreifen, sich dem aus Furcht vor dem Urteil des Volkes und zur Verlängerung des derzeitigen unheilvollen Regimes entziehen, so werden sie sich eine wahrhaft erdrückende Verantwortung aufladen." Diese Worte hat nicht Adolf Hitler 1933 gesprochen, sondern mit dem in ihnen enthaltenden moralischen Druck auf Regierung und Parlament versucht General de Gaulle heute, in Frankreich seinen Forderungen nach baldiger Auflösung der Nationalversammlung, ihrer Neuwahl und nach einer unverzüglichen Revision der Verfassung Nachdruck zu verleihen. Legal, auf verfassungsmässigem Weg, strebt er zur Macht, seinen Wahlsieg nutzend, die Nationalversammlung zum Selbstmord - wenigstens zur eigenen Kastration - zu bewegen.

Schon einmal hat in Europa ein Mann - Adolf Hitler - in ähnlicher Situation solchen "legalen" Weg eingeschlagen, der ihn schliesslich auf den usurpierten Thron der Diktatur führte. Wieder drohen die Ressentiments der Völker unter dem Druck der wirtschaftlichen Not in der politischen Willens- und Machtbildung nach "Rechts" den Ausweg aus einem vermeintlich ausgeweglosen politischen und wirtschaftlichen Chaos zu sehen. Wie sich in den jüngsten Wahlen in Frankreich und England deutlich abzeichnet, was in Norwegen, Dänemark und Italien parteipolitische Verschiebungen - verschleiert zwar noch - andeuten, regt sich in Deutschland auch wieder im Verborgenen. Es dämmt ein neues 1931.

Das deutsche Volk kann und muss aus den bitteren Erfahrungen von über 25 Jahren ein Wort dazu sagen, es hat ein Dokument, das das Zwielfältige dieser europäischen Nachkriegssituation auf besondere Art zu erhellen vermag. Ein kluger Europäer, es war kein Deutscher, hat nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gesagt, jetzt müsse das Buch Adolf Hitlers "Mein Kampf" in tausendfacher Auflage verbreitet und nun wirklich von den Deutschen wie auch von den übrigen Völkern Europas gelesen werden, weil es die klarste politische "Abrechnung" mit einer Zeit sei, die sich nur zu leicht wiederholen könne. Und es scheint, als sei diese Zeit gekommen. Der Vorschlag jedoch ist nicht zu verwirklichen. Aber der Metopen-Verlag in Wiesbaden legt jetzt ein Buch vor, das - ausschliesslich Hitlers "Mein Kampf" als Quelle nutzend - eine Darstellung jener 13 Jahre der Usurpation und der 12 Jahre Hitler'scher Tyrannei in einer kritischen psychologischen Analyse Adolf Hitlers bringt. (Rudolf Grau "Gehört er ins Pantheon der Weltgeschichte?" Versuch einer kritischen psychologischen Analyse Adolf Hitlers. 1947. Metopenverlag Wiesbaden).

Mit der Akribie des Journalisten, der es als seine Aufgabe empfindet, über seine Zeit nach bestem Wissen und Gewissen zu berichten und über das Heutige stets nur für die Morgen zu schreiben und nicht für die Gestrigen, wird - belegt mit Zitaten aus "Mein Kampf" - das Bild dieses jeglicher menschlichen Grösse baren Mannes vor der Folie der damaligen Zeitverhältnisse und Tagesereignisse entworfen.

In den USA hat das Buch schon Resonanz gefunden. Es sollte fleissig vom deutschen Volke gelesen werden, weil es auch den letzten, vielleicht für den bisher Unbelehrten noch scheinbaren mythischen Glorienschein vom Haupte Hitlers reißt und nicht weniger aufmerksam von den europäischen Völkern, weil es ein überzeugendes Menetekel an den Horizont des europäischen Geschehens schreibt. (b/E11c/1411/1/nc)

4 000 namentlich gemeldete verschleppte Frauen und Mädchen

Bereits im Sommer dieses Jahres hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch ihre Vertreterin, Frau Frieda Nädig, dem Zonenbeirat in der britischen Zone den Antrag vorgelegt, dass die Militärregierung beim Kontrollrat wegen der Heimführung der durch die Kriegsergebnisse in Russland noch immer festgehaltenen deutschen Frauen und Mädchen vorstellig werden möge.

Bei einstimmiger Annahme des Antrages wurde betont, dass eine Beendigung nicht nötig sei, da die Zurückhaltung von Frauen und Mädchen dem Völkerrecht widerspricht.

Durch die Kriegsgefangenenhilfe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands konnte die erste Namensliste von 3 877 verschleppten Frauen und Mädchen und zugehörigen Kindern zusammengestellt und über den Zonenbeirat der britischen Militärregierung zugeleitet werden.

Die Erfassung war äußerst schwierig, da eine Befragung durch die Bewohner der russischen Zone nicht erfolgen konnte. Die übermittelten Personangaben stellen daher nur einen geringen Bruchteil der verschleppten Frauen und Mädchen dar. Von 3 877 Erfassten gehören 456 Jugendliche in die Altersgruppe unter 20 Jahre, 1 129 Frauen in die Altersgruppe von 20 bis 30 Jahren, während über 10% der Frauen über 50 und 60 Jahre alt sind. Zu diesen Zahlen wurden außerdem 188 Kinder gezählt, die mit ihren Müttern gefangen gehalten werden.

Nach Mitteilung der Angehörigen sind von den verschleppten Frauen 387 als Rote-Kreuz-Schwester und Krankenschwestern in Gefangenschaft geraten. Unter den Verschleppten befinden sich aus zwei Dörfern alle Mädchen und Frauen, Dorf Miboua, Kreis Ribing, mit 47 Frauen und Dorf Wiesenheim/B. hat, Rumänien mit 49 Frauen. Der größte Teil der Erfassten Frauen 1 173 stammt aus Ostpreussen, während die übrigen in Westpreussen, Pommern, Mecklenburg, Brandenburg und Schlesien beheimatet waren. Nur 608 Frauen haben bisher geantwortet, das sind 15% aller gemeldeten. Von 85% traf bis heutigen Tages keine Nachricht ein. 236 Briefschreiberinnen konnten die Nummer ihres Kriegsgefangenenlagers in Russland angeben.

Diese Zahlen enthalten furchtbare Not und seelisches Leid. Es war in den letzten Jahrzehnten in der zivilisierten Welt nicht üblich, Kinder, Jugendliche und Frauen in der Gefangenschaft zurückzuhalten. Die Zurückhaltung dieser Menschen steht im Widerspruch zum Völkerrecht.

Die Verschleppten werden in Bergen unter Tage, bei Blakommandos und mit anderen schweren Arbeiten beschäftigt, denen der Frauenkörper in keiner Weise gewachsen ist. Wenn von ihnen noch ein Teil lebend die Heimat erreichen soll, muss ihre Entlassung sofort erfolgen.

Vorantwortlich: Peter Rannau, Hannover